



Erklärung

zur Bezugnahme der AfD-Fraktion auf unsere Arbeit

05.07.2026

Anlass:

Wiederholt, u.a. bei der ersten Lesung zum BStabG am 12. Juni im deutschen Bundestag, zitierte die AfD-Fraktion eine Umfrage des Aktionsbündnis Psychotherapie e.V. Wir nehmen diese versuchte Vereinnahmung zum Anlass für eine unmissverständliche

Klarstellung:

Das Aktionsbündnis Psychotherapie e. V. widerspricht dieser Bezugnahme ausdrücklich und unmissverständlich. Unsere Erhebungen, Daten und fachlichen Stellungnahmen dienen allein dem Ziel, die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland für alle Menschen zu sichern – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder sozialer Lage.

Ein Zitat unserer Arbeit begründet keine inhaltliche Gemeinsamkeit. Wir lassen nicht zu, dass die fachliche Autorität unserer Befunde für Zwecke instrumentalisiert wird, die ihrem Fundament diametral widersprechen.

Diese Abgrenzung richtet sich gegen eine Partei, nicht gegen ihre Wähler*innen - nach den selben Prinzipien bleiben diese in unseren Praxen selbstverständlich willkommen und haben den selben Anspruch auf Behandlung wie alle.

Begründung:

Unsere Distanzierung ist fachlich und berufsethisch begründet, nicht parteipolitisch motiviert: Psychotherapie basiert auf der bedingungslosen Anerkennung der Würde jedes Menschen. Ein politisches Programm, das Menschen nach Herkunft hierarchisiert, Schutzsuchende entrechtet oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit normalisiert, untergräbt genau diese Grundlage – und damit die Möglichkeit psychotherapeutischer Arbeit selbst. Es ist somit unvereinbar mit unserem Berufsethos.

Wir verteidigen die Versorgung genau jener Menschen, die unter der Politik der AfD am stärksten gefährdet wären: Geflüchtete, Migrant:innen, psychisch Erkrankte und marginalisierte Gruppen. Eine Partei, die Schutzsuchende entrechtet und Versorgungsstrukturen für vulnerable Gruppen abbauen will, kann sich nicht auf Daten berufen, die den Schaden belegen, den ihre eigene Politik vergrößern würde. Sie instrumentalisiert unsere Arbeit gegen die Menschen, für die wir sie leisten.

Unser Berufsstand kennt die Folgen, wenn Heilberufe sich völkischem Denken andienen. Die Aufarbeitung der Verstrickung von Psychiatrie, Psychotherapie und Psychoanalyse im Nationalsozialismus hat eine bleibende Berufspflicht hinterlassen – kein privates Bekenntnis, sondern Verpflichtung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dort entgegenzutreten, wo sie sich auf unsere Arbeit beruft.

Wir stehen für die Verteidigung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundlagen als Voraussetzung guter Versorgung. Unsere Daten und Positionen stehen demokratischen Akteur:innen offen, die diesen Grundsätzen verpflichtet sind. Wer diese Grundlagen bekämpft, kann sich auf unsere Befunde berufen – nicht aber auf unsere Zustimmung.

Seite 1 von 1

Postanschrift

Aktionsbündnis Psychotherapie e.V.
Bettinastraße 53-55
60325 Frankfurt-Westend a. M.

E-Mail:

kontakt@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Presse:

presse@aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Website:

aktionsbuendnis-psychotherapie.info

Vereinsitz: Frankfurt am Main

Registergericht: Amtsgericht Frankfurt am Main

Registernummer: VR 17668

Gemeinschaftlich vertretungsberechtigt:

Vorstand: Dr. Ewa Jonkisz, Frankfurt a. M.

Vorstand: Anselm Kälberer, Stuttgart

Vorstand: Sandra Nickel, Karlsruhe

Vorstand: Ronja Nippert, Essen

Vorstand: Luca Sautter, Karlsruhe

verantwortlich i. S. d. Presserechts:

Dr. Ewa Jonkisz

Linden-Ambulanz

Bettinastraße 53-55,

60325 Frankfurt-Westend a. M.